Rheder Volkszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. / Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.

Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 16 | Freitag, den 16. Januar 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

Trotz Wohnungsnot leere Wohnungen. Tausende und Abertausende, die eine eigene Wohnung haben möchten, haben noch keine. Sie warten vergeblich seit Jahr und Tag darauf, daß ihnen eine vom Wohnungsamt zugeteilt werde. Allerdings weiß man, daß diese Wohnungsnot heute weniger in den Klein- und Mittelstädten, als vielmehr in den Großstädten besteht. Nun aber hört man von Berlin, daß dort in vielen mit Hauszinssteuermitteln erbauten Häusern Wohnungen leerstehen. Nach einer Zusammenstellung des Berliner Magistrats gab es am 1. Januar 1837 solcher auf Mieter wartende Neubauwohnungen. Am meisten blieben Zweizimmerwohnungen unvermietet, und zwar 1000. Aber auch für 432 2½-Zimmerwohnungen war keine Möglichkeit der Vermietung vorhanden. Von den Wohnungen mit 3½ Zimmern sind 134 leer, mit 1½ Zimmern 117, mit 3 Zimmern 61. Von Wohnungen mit einem Zimmer sind 39 unvermietet, von 4½-Zimmerwohnungen 24 und von 4-Zimmerwohnungen 32. Auch eine Reihe von Einfamilienhäusern findet keine Käufer. Geht man gar durch die vornehmeren Wohnviertel der Reichshauptstadt, so z. B. durch den alten Westen mit seinen großen Luxuswohnungen, so sieht man an den Fenstern der ersten und zweiten Stockwerke die roten und weißen Zettel mit der schon fast flehentlichen Bitte: „Zu vermieten!" Auch in anderen Großstädten ist heute das Angebot an größeren und daher teureren Wohnungen stärker als die Nachfrage. Aber die Lage ist nicht überall gleich. Es gibt da Unterschiede, wie es auch in der Preisgestaltung der Neubauwohnungen erhebliche Unterschiede gibt. Wenn in Berlin von einer großen Gesellschaft an Miete plus Waschgeld für die Zweizimmerwohnung 73 Mark, für die 2½-Zimmerwohnung 88 Mark, die 4½-Zimmerwohnung 135 Mark gefordert werden, so steht das doch in einem starken Gegensatz etwa zu Mieten in der nur als Beispiel herausgegriffenen oberschlesischen Stadt Cosel. Hier verlangt der Bauverein Oberschlesien für eine 35 Quadratmeter große Wohnung 30 Mark, für eine 42 qm große 35 Mark und für eine 50 qm große 3-Zimmerwohnung mit freilich kleinem Beigelaß 50 Mark. Aehnliche Gegensätze bestehen auch in anderen deutschen Gegenden. Wie ist das zu erklären? Geht man nun den Gründen der überraschenden Erscheinung nach, daß plötzlich ein größeres Angebot von leeren Wohnungen und selbst von solchen, die mit Hauszinssteuermitteln hergestellt sind, vorliegt, so zeigt sich hier natürlich an erster Stelle die Wirkung der wirtschaftlichen Krise, die ganz Deutschland befallen hat. Die Wirtschaftsnot löst das Wohnungsproblem zum mindesten vorübergehend auf eine sehr einfache, wenn auch schmerzliche Art. Um nur eins herauszugreifen: Wie viele Leute sind arbeitslos geworden, die man vor einiger Zeit noch zu den Wohnungsreflektanten zählen mußte, die aber jetzt einfach, der Not gehorchend, aus dieser Zahl ausscheiden. Ein zweiter Grund für den Rückgang von Wohnungsreflektanten liegt natürlich in der Höhe der geforderten Preise. Viele Wohnungen sind zu teuer hergestellt worden, sodaß sie für die große Masse der Arbeiter und Angestellten schon ohne weiteres heutzutage nicht in Frage kommen. Daher forderte ja Reichsarbeitsminister Stegerwald schon im vorigen Jahre die Verbilligung des Kleinwohnungsbaues. Darum sollen von 215 000 Wohnungen, deren Herstellung 1931 subventioniert werden soll, 165 000 Kleinstwohnungen sein. Für sie ist ohne Frage noch Bedürfnis vorhanden. Aber im übrigen ist, auch wenn man Zahlen nicht überschätzt und vor allem die Zustände in der Reichshauptstadt nicht kritiklos auf die Verhältnisse des übrigen Deutschland überträgt, doch eine gewisse Krisenlage auf dem Wohnungsmarkt unverkennbar. Sie dürfte immer stärkere Rückwirkungen auf dem Baumarkt haben. Die Folgen für das „Schlüsselgewerbe" der deutschen Wirtschaft sind natürlich schlimm.

*

Noch immer Remarque-Debatte. Die Diskussion um den Film „Im Westen nichts Neues", will noch immer nicht abbrechen. Das Verbot der deutschen Filmoberprüfstelle hatte gewiß das politisch Peinliche an sich, daß es einem Nachgeben gegenüber dem nationalsozialistischen Straßenterror trotz aller Begründungen der Sachverständigen verzweifelt ähnlich sah. Es kam hinzu, daß das Urteil von Persönlichkeiten, die man weder als Nationalisten, noch auch als radikale Pazifisten ansprechen kann, also von nach Vorbildung, Alter und Kriegserfahrung wohl berufenen Männern, die in politischen Fragen Maß zu halten verstehen und zu einer besonnenen Meinungsäußerung fähig sind, keineswegs ungünstig für den Film in seiner deutschen Fassung lautete. Trotzdem aber bleibt für uns bestehen, worauf wir von Anfang an Wert gelegt haben, daß es der deutschen nationalen Würde widerspricht, einen Film ausländischer Produktion in Deutschland zu tolerieren, der im Ausland in anderer, für Deutsche peinlicher oder gar beleidigender Fassung läuft und den seine Manager deshalb aus Geschäftsgründen für den Vertrieb in Deutschland besonders frisierten. Nun haben wir wohl auch von Leuten, die den Film in ausländischer Fassung in London und Amerika gesehen haben, gehört, daß er in ihnen allen ein Gefühl tiefster Ergriffenheit, aber nicht irgendwelcher Scham hinterlassen habe. Umso merkwürdiger ist es dann aber, daß ein als deutscher Pazifist so berüchtigter Mann wie der bekannte Pädagoge Prof. Friedrich Wilhelm Förster, den gewiß niemand als deutschen Nationalisten verdächtigen wird, zur glatten Ablehnung des Films gekommen ist. In seiner Zeitschrift „Die Zeit" schreibt er über ihn u. a.:

„In einem Pariser Cinéma sah ich den Remarque-Film. Seitdem begreife ich den Protest der deutschen Nationalisten vollkommen und stelle mich in dieser Sache auf ihre Seite — ohne die Methoden zu billigen, durch die sie protestieren, und ein Verbot für berechtigt zu halten. Zunächst: Das ist kein deutscher, sondern ein amerikanischer Film; man hat in Hollywood aus dem Roman etwas gemacht, für das Remarque nicht verantwortlich gemacht werden kann, und was weit hinter dem ausgezeichneten amerikanischen Film „La grande parade" zurücksteht. Wie man auch zum Kriege stehe: Die übergewaltige Spannung zwischen Tod und Leben, die er in Wirksamkeit setzt, hat von jeher den höchsten Charakterkräften des Menschen Anlaß zu fast übermenschlicher Bewährung gegeben. Das ist gewiß kein Grund, ihn herbeizuwünschen und der Welt zu erhalten — man wünscht auch nicht Pest und Cholera herbei, weil dabei Aerzte und Schwestern oft wunderbar über sich selbst hinauswuchsen. Wer aber den Krieg von der deutschen Seite her darstellt und dann von der unvergleichlichen Bewährung des deutschen Charakters in der Todesnot so wenig Erschütterndes und Erhebendes zu berichten weiß, dagegen die Angst- und Schwächezustände der dem Kriegsschrecken nervös und seelisch Unterlegenen derartig beherrschend in den Vordergrund stellt, der wird dem wirklich Außergewöhnlichen der deutschen Kriegsleistung nicht gerecht, ja er beleidigt in der Tat die deutsche Armee gerade dort, wo sie groß und beispielgebend war. Das Szenario stellt eine tendenziöse Auswahl seitens einer Art von sentimentalem, ja oft weinerlichem Pazifismus dar, bei dem der Abscheu gegen den Krieg nicht aus den Tiefen der moralischen Menschennatur kommt, sondern aus dem Nervensystem, dem Magen, dem Schlafbedürfnis und andere Zentren des physischen Menschen. In diesem Sinne ist auch das, was der heimkehrende Soldat der heranwachsenden Generation in der obersten Schulklasse sagt, nicht weniger unzureichend und irreführend wie das, was der kriegsbegeisterte Oberlehrer in ihre Seelen hineindeklamiert: Es fehlt alles Positive, Aufbauende, alle erhabene Kraft des Menschen, selbst dem Sinnlosen einen Sinn zu geben und alles, was uns im Staube zustößt, zur Stärkung unserer geistigen Herrschaft über Leben und Tod zu benutzen. Man müßte zu solcher Jugend ganz anders reden, man könnte sehr wohl alle gefährlichen Illusionen über den Krieg zerstören und alles Nötige gegen den Schwertglauben sagen, aber das müßte ganz von oben her, aus den höchsten Regionen des Geistes, nicht aber aus dem zitternden Nervensystem kommen. Man hätte in jener Szene — wenn schon eine Ansprache gehalten werden sollte — den jungen Leuten sehr wohl erhebende Hinweise auf die zahllosen Beweise heroischer Standhaftigkeit unter unerhörten Bedingungen, Beispiele auch von Chefs ohne Furcht und Tadel, wie es sie gab, Beispiele von erstaunlichem Opfermut, von herber Disziplin geben können, und man hätte dies alles als Gleichnis für ehrenhafte Bewährung in allen Lebenslagen benutzen können — damit wäre man allem gerecht geworden, was der Krieg ist und was der Mensch innerhalb des gegebenen Kriegsschicksals moralisch leisten kann. Nun sagt man, daß solch ein Film, der die letzten Wirklichkeiten des Krieges und ihre furchtbare Wirkung auf die Widerstandskraft der Nerven in den Vordergrund stellt, doch das Verdienst habe, abschreckend zu wirken. Das ist psychologisch falsch. Ganz im Gegenteil: Die gleichen labilen Menschen, die innerhalb des Krieges am ehesten zusammenbrechen und die seine Schrecken am lebhaftesten empfinden, sind zugleich die, die im Frieden am schnellsten der Aufhetzung erliegen und ihren eigenen patriotischen Erregungszuständen völlig haltlos gegenüberstehen. Nein, der Krieg kann nur von den höchsten moralischen und geistigen Kräften aus bekämpft werden: wer aber in diesem Sinne gegen den Krieg kämpft, wird immer eine innere Bruderschaft mit den wirklichen Helden des Kriegsschicksals empfinden und nicht dulden, daß ihre Riesenleistung an ehrner Haltung, Ausdauer und Hingabe so wenig zu ihrer wohlverdienten Ehrung und Darstellung kommt — wie dies leider inbezug auf den in Rede stehenden Film der Fall ist."

Förster, der zum Schluß sagt, daß über ein ungeheures Geschehen vielzuviel Plattheit und subalterne Sentimentalität ausgebreitet werde, war von dem Film so enttäuscht und verärgert, daß er beim Hinausgehen vor sich hinsagte: „Es lebe die deutsche Armee!" Er versichert dabei überflüssiger Weise, daß das sonst bei ihm nicht vorkomme. Nichts, sagt er noch, sei tödlicher für den Pazifismus, als solcher Pazifismus, wie dieser Pazifismus da. „Vorwärts" und „Berliner Tageblatt" und andere Blätter von ähnlicher Haltung fahren inzwischen fort, ihren Lesern klarzumachen, daß man das deutsche Verbot im Auslande nicht verstehe. Uns will freilich scheinen, daß auch ein deutscher Pazifist, der unsern Parteistreitigkeiten fernsteht, vielleicht doch die Dinge, um die es in diesem heißumstrittenen Film geht, noch mehr mit deutschen Augen sieht, als ein uns wohlgesinnter Ausländer, wie beispielsweise der Filmkritiker des Helsingforser „Hufvudstadsbladet", des bedeutendsten finnischen Blattes, der da schreibt: „Ein deutschfreundlicher Mensch kann durch diesen Film nur in seiner Deutschfreundlichkeit gefestigt werden." Ob die Masse der ausländischen Kinobesucher zu der gleichen Auffassung durch den Remarque-Film gekommen ist, wird man überdies als fraglich bezeichnen müssen, da Filmkritikerstimme doch nicht immer Volksstimme ist. Jedenfalls bleiben in dieser Hinsicht begründete Zweifel bestehen.

Betätigung im „Stahlhelm" für Beamte verboten.

Entscheidung des preußischen Disziplinarhofes.

× **Berlin**, 15. Januar.

Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten hatte vor einiger Zeit in einer Berufungsangelegenheit gegen einen Polizeibeamten zu verhandeln, der an einer öffentlichen Veranstaltung des „Stahlhelms" als Tambourmajor in Stahlhelmkleidung teilgenommen hatte. Der Disziplinarhof ist der Entscheidung der ersten Instanz des Disziplinargerichtes der Regierung in Oppeln beigetreten und hat deren Urteil auf Strafversetzung und Kürzung des Diensteinkommens um eine Gehaltsstufe aufrechterhalten. Aus der Urteilsbegründung des Disziplinarhofes gibt der Amtliche Preußische Pressedienst nunmehr die folgenden besonders bemerkenswerten Stellen wieder:

Aus der Reichsverfassung ergibt sich, daß grundsätzlich auch den Beamten das Recht der freien Meinungsäußerung zusteht. Die Ausübung dieses Rechtes darf aber bei einem Beamten nicht über die ihm durch sein Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Grenzen hinaus gehen. Dieses Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zur Treue und zum Gehorsam gegenüber dem Staat und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäußerung einen gleich weiten Gebrauch zu machen, wie es jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerläßlichen Dienstzucht steht.

Das Urteil stellt dann fest, daß der vorgesetzte Minister ohne weiteres berechtigt sei, die ihm unterstellten Beamten auf die ihnen obliegende Beschränkung im Ansehen ihrer politischen Betätigung hinzuweisen. Der Beamte, so heißt es in der Urteilsbegründung weiter, darf auch außerhalb des Dienstes, zumal in der Oeffentlichkeit, nicht an Veranstaltungen von Verbänden teilnehmen, die nicht einwandfrei auf dem Boden der geltenden Verfassung stehen. Daß zu solchen Verbänden auch der „Stahlhelm" gehört, hat die Vorinstanz zutreffend festgestellt. Ob die hier erörterte Veranstaltung des „Stahlhelm" ihrer Wesensart nach selbst politisch war oder nicht, ist ohne Bedeutung, da es nur auf die Gesamteinstellung des Verbandes gegenüber der bestehenden Staatsform im allgemeinen ankommt.

Der Disziplinarhof stellt fest, daß er die von der Staatsanwaltschaft beantragte Strafe der Dienstentlassung in ernsteste Erwägung gezogen und von der Verhängung dieser schwersten Strafe lediglich abgesehen hat, weil der Angeschuldigte Unterhaltspflichten gegenüber vier Kindern, sich im Kriege gut geführt und auch als Polizeibeamter sonst seine dienstlichen Pflichten zur Zufriedenheit seiner Vorgesetzten erfüllt habe.

Starkes Erdbeben in Mexiko.

Eigenartige Naturerscheinungen.

:: **New York**, 14. Januar.

Nach einer Meldung der Associated Preß aus Mexiko-Stadt ereignete sich dort am Mittwoch ein starkes Erdbeben von mehr als zwei Minuten Dauer, das unter der Bevölkerung eine Panik hervorrief. Die Einwohner verließen eiligst ihre Wohnungen, da sie den Einsturz der Häuser befürchteten. Zur Zeit des Erdbebens war ein eigenartiges gelbes Licht am Himmel zu beobachten, aus dem leuchtende Blitze hervorzuckten, und das über eine Stunde anhielt. Das Erdbeben war von Wolkenbrüchen begleitet. Dem ersten heftigsten Erdstoß folgten während fünf Minuten kleinere Stöße. Viele Gebäude wurden durch Risse beschädigt. Alte, von den Spaniern erbaute Brunnen versiegten. Einige Denkmäler sind von den Sockeln herabgestürzt.

Nach anderen vorliegenden Berichten wird das Erdbeben als das schwerste bezeichnet, das man seit jenem großen Beben im Juni 1911, bei dem in 41 Städten über 2 000 Menschen umkamen, erlebt hat. Das Epizentrum des Bebens war in der Nähe der Stadt Matamoras-Tyzucar, südöstlich von Mexiko-Stadt im Staate Puebla. Der Seismograph in Mexiko-Stadt versagte, nachdem er das Beben vier Minuten lang aufgezeichnet hatte. Es scheint, als ob das Erdbeben den Rio Panuco entlang gelaufen ist.

Die Zahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Bisher sind ein Toter und vier Verletzte gemeldet. In Mexiko-Stadt brachen an mehreren Stellen Brände aus. In Tampico stieß eine Anzahl Bahnwagen zusammen.

Nach einer Meldung der Associated Preß verursachte das Erdbeben in Vera Cruz große Panik. Auch andere Städte des Staates Vera Cruz melden Erdstöße. In der Stadt Mexiko ging dem Erdbeben eine dreitägige ungewöhnliche Kälte mit Schnee, der in der Stadt Mexiko nur selten fällt, voraus.

*

Ausbruch des Popocatepetl.

÷ **New-York**, 15. Jan.

Die Zahl der Verletzten bei dem gestrigen Erdbeben in Mexiko hat sich in der Stadt Mexiko nach einer heutigen Frühmeldung der Associated Preß um weitere 21 erhöht, etwa 50 Häuser sind eingestürzt, viele Automobile durch herabfallendes Mauerwerk schwer beschädigt. Das in der gestrigen Meldung erwähnte gelbe Licht, das zur Zeit des Bebens beobachtet wurde, wird durch einen Ausbruch des Vulkans Popocatepetl erklärt. Die Erdstöße waren über mehrere hundert Meilen fühlbar.

*

Eine Stadt zerstört.

× **New-York**, 15. Jan. Nach einer Meldung der Associated Preß aus Mexiko hat das gestrige Erdbeben am schwersten die Stadt Oaxaca heimgesucht. Der Militärkommandant von Oaxaca, General Perez, berichtete dem Präsidenten Rubio, daß mindestens 25 Personen getötet oder verletzt worden seien und stündlich aus den Trümmern neue Opfer geborgen würden. Die Stadt sei ein einziger Trümmerhaufen; der Sachschaden sei noch nicht im entferntesten zu übersehen. Das Beben, das um 10 Uhr abends begann und drei Minuten dauerte, hatte unter der Einwohnerschaft eine ungeheure Panik zur Folge. Die Bevölkerung lagert jetzt im Freien. Eine Hilfsaktion ist eingeleitet.

*

Feuer aus drei Vulkanen.

London, 15. Januar.

Nach Meldungen aus Argentinien haben sich im Lapoma-Gebiet verschiedene Erdbeben und Ausbrüche von drei Vulkanen ereignet, denen vermutlich zahlreiche Menschenleben zum Opfer gefallen sein dürften. Es handelt sich um die Vulkane Cobres, El Potrerillo und Abra de Chorrilos. Der Schrecken, den das mitten in der Nacht einsetzende heftige Erdbeben unter den Bewohnern des Städtchens Cobres verbreitete, wurde dadurch zur Panik gesteigert, daß, wie berichtet wird, ein Steinregen und ein Strom kochenden Wassers über die Stadt hereinbrach. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

Wie Associated Preß aus Mexiko meldet berichtet die dortige Zeitung „Universal" aus Oaxaca, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz, das dort bei dem gestrigen Erdbeben sechs Personen getötet und neun verletzt worden seien. Ein großer Teil der Stadt habe infolge der Erdstöße schwer gelitten. Viele Häuser seien eingestürzt.

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen in den kleineren Städten.

)(**Berlin**, 15. Januar.

Nach den Ermittlungen des Reichsstädtebundes wurden am 31. Dezember 1930 von 1097 Städten mit bis zu 25 000 Einwohnern 101 000 Wohlfahrtserwerbslose und Fürsorgearbeiter oder 15,3 auf 1000 Einwohner unterstützt. Gegen November, wo von 1032 Städten 91 104 Wohlfahrtserwerbslose oder 13,3 auf 1000 Einwohner unterstützt wurden, ist eine Steigerung um 15% zu verzeichnen. Diese Steigerung dürfte zum Teil auf die Neuregelung der Krisenfürsorge zurückzuführen sein.

Keine Entwaffnungsnote der Botschafterkonferenz.

÷ **Paris**, 15. Januar.

Zu den heute früh vom „Newyork Herald" veröffentlichten Angaben über angebliche Beschlüsse der Botschafterkonferenz in der Frage der Entwaffnung Deutschlands erklärt man, wie die Agentur Havas übermittelt, in autorisierten Kreisen, daß diese Angaben über die angeblich im Verlauf der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz behandelten Fragen unrichtig seien. So sei insbesondere kein Rund-

schreiben, das die Aufmerksamkeit der Regierungen der Staaten, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, auf Verfehlungen Deutschlands bei der Erfüllung seiner Entwaffnungsverpflichtungen lenkte, vorbereitet oder bei dieser Gelegenheit von der Botschafterkonferenz ins Auge gefaßt worden.

Die Drohung der Deutschen Volkspartei.

Wo sollen 300 Millionen bei den Reichsausgaben noch gespart werden?

Die Antwort steht noch aus.

◆ Berlin, 15. Januar.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages setzte am Donnerstag die allgemeine Aussprache über den Haushaltsplan für 1931 und über die Erklärung fort, die Reichsfinanzminister Dr. Dietrich gestern im Ausschuß abgegeben hat.

Zunächst sprach als Vertreter der Deutschen Volkspartei Abg. Cremer, der die volksparteiliche Forderung auf Einsparung weiterer 300 Millionen im Haushalt begründete und erklärte, daß die Erfüllung dieser Forderung

von entscheidender Bedeutung für die weitere Haltung der Deutschen Volkspartei

sei. Im einzelnen führte Dr. Cremer aus, eine Schilderung der Finanzlage könne nicht an den außenpolitischen Forderungen vorbeigehen, die eine große Mehrheit des deutschen Volkes erhebe. Ein so schweres Vorhaben wie die Revision der Reparationsverpflichtungen mache es notwendig, daß die psychologischen und materiellen Voraussetzungen erfüllt werden, nämlich die Ordnung der Reichsfinanzen und die Behebung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise. Der Minister habe nicht die Bedenken zu zerstreuen vermocht, daß man in Zukunft durch Steuerausfälle vor neue Entscheidungen gestellt werde. Wenn man eine Verminderung der öffentlichen Lasten anstrebe, dann könne man an der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden nicht vorbeigehen. Es müsse Befremden erregen, wenn trotz der Kürzung der Bezüge der Beamten und Angestellten des Reiches

viele führende Männer in der Gemeindewirtschaft Gehälter beziehen, die weit die Reichsbeamtengehälter übersteigen.

Das gelte namentlich für die Oberbürgermeister der rheinischen Städte. So schnell wie möglich müßten auch die Reformen zum Abschluß gebracht werden, um die Sozialversicherungen auf versicherungstechnische Grundlagen zu stellen. Die Dezembereinnahmen des Reiches, so fuhr Dr. Cremer fort, zwingen zu dem Schluß, daß die schädlichen Einflüsse des Wirtschaftsverfalls auf die Reichsfinanzen nicht nur für den Rest des Etatsjahres, sondern auch für das Jahr 1931 nicht genügend berücksichtigt sind. Es ist die Aufgabe des Reichsfinanzministers, die hierdurch entstandene Lücke auszufüllen, und zwar nach seiner eigenen Erklärung nicht durch Besoldungskürzung oder neue Steuern, sondern auf dem Wege weiterer energischer Ausgabenkürzung. Die Parteien und der Haushaltsausschuß haben die Aufgabe der Prüfung, nicht des Vorschlages solcher Maßregeln. Die Deutsche Volkspartei macht von der Vorlegung eines entsprechenden Programms vor der Beratung des Etats im Plenum des Reichstages ihre Mitarbeit am Etat abhängig.

Abg. Dr. Köhler (Ztr.) sprach der Finanzverwaltung seine Anerkennung für die Abwicklung des so ungeheuer schwierigen Etats 1930 aus. Manche der für die Gemeinden bestellten Staatskommissare hätten sich leider keineswegs auch als Sparkommissare erwiesen. Materiell ist im Etat 1931 manches Begrüßenswerte geleistet worden.

Trotz aller Abstriche scheint es aber durchaus nicht so, als sei der Etat ein „Armeleute-Etat".

Vielmehr kommt man zu dem Eindruck, als sei es einigen Ressorts doch gelungen, gewisse Aufwendungen aufrecht zu erhalten, die durch die Not der Zeit nicht in allen Fällen gerechtfertigt sind. Steuererhöhungen dürfen selbstverständlich nicht mehr vorgenommen werden, ebenso sind weitere Abstriche an den Beamtengehältern nicht mehr möglich und politisch erträglich. Vor der Inangriffnahme einer allgemeinen Subventionspolitik muß dringend gewarnt werden.

Die Gemeinden müssen ihre Besoldungspolitik überall den Grundlagen der Reichsregierung angleichen.

Eine große deutsche Stadt spare dadurch allein 2 Millionen Reichsmark.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) war der Auffassung, daß sich das Defizit des Etats für 1931 etwa in Höhe von 1200 Millionen RM. bewegen wird. Dieser Ausfall werde so verteilt werden müssen, daß etwa die Länder und Gemeinden einen Ausfall von 400 Millionen RM., und die Knappschaften einen Ausfall von 125 Millionen RM. haben werden. Die Aufstellung eines Planes über die Sanierung der Knappschaften sei daher dringend notwendig. Ebenso sei es fraglich, ob die Gemeinden einen so großen Ausfall vertragen können. Wenn die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen sich im Jahre 1931 auf etwa eine Million erhöhe, so bedeute das für die Gemeinden einen Mehraufwand von etwa 500 Millionen RM. Wo die 300 Millionen gestrichen werden sollen, deren Ersparung die Deutsche Volkspartei fordert, sei nicht klar. Seine Partei halte im wesentlichen

weitere Ersparungen bei Reichswehr und Marine

für möglich.

Abg. Dr. Schlittenbauer (Bayr. Vpt.) betonte, daß das Reich niemals finanziell gesunden werde, solange es für die Länder und Gemeinden den Finanzvormund spielen wolle. Die beste Lösung wäre die Einführung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer für die Gemeinden.

Darauf nahm erneut Reichsfinanzminister Dietrich das Wort. Er wies darauf hin, welche Sorgen in der Etatsgebarung jetzt auch das reiche Nordamerika habe, wo man zum ersten Male die Reparationszahlungen zur Balanzierung des Etats verwenden mußte. Trotzdem habe sich noch ein Defizit ergeben. Auch England und Italien hätten mit Etatsschwierigkeiten zu kämpfen. Man müsse unter diesen Umständen zugeben, daß die Reichsregierung bestrebt gewesen sei, die Finanzen in Ordnung zu halten. Man dürfe

die Dinge nicht immer nur pessimistisch sehen.

Gerade die schwarzseherische Art, über die gegenwärtigen Finanzverhältnisse in Deutschland zu urteilen, trage viel zu der Psychose bei, daß jede Unternehmungslust im Keime erstickt werde. Es werde dadurch eine Stimmung erzeugt, der unsere wahre finanzielle Lage gar nicht entspreche. Für die Gesundung der Gemeindefinanzen müßten die Länder sorgen. Es gehöre zu

einem der betrübendsten Kapitel, wenn beispielsweise ein Oberbürgermeister mehr Pension habe, als ein Reichsminister Gehalt beziehe.

Zur Abstellung dieser Dinge sei ein Gesetz nötig, das im Reichstage einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Der Minister sprach sich auch gegen die hohen Gehälter der leitenden Persönlichkeiten in der Industrie aus. Bezüglich der Forderung der Deutschen Volkspartei auf Streichung weiterer 300 Millionen im Etat erklärte der Minister,

Dr. Cremer möge wenigstens Anhaltspunkte dafür angeben, wo er die Einsparungen für möglich halte.

Die Reichsregierung habe bewiesen, daß sie die Führung in der Hand habe, aber sie sehe im Augenblick keinen Weg, derartige Ersparnisse zu erreichen. Zur Preissenkungsaktion erklärte der Minister, daß mit behördlichen Eingriffen in die Preisgestaltung einmal Schluß gemacht werden müsse, da sonst eine Wirtschaftserholung nicht möglich sei. Zur Frage der Arbeitsbeschaffung wies er darauf hin, daß er in Stuttgart seine Vorschläge nicht in der apodiktischen Form gemacht habe, wie es die Presse nachher behauptet habe. Der zuständige Minister Stegerwald prüfe zurzeit die Angelegenheit und werde zu gegebener Zeit dem Reichstage darüber berichten. Ueber die Sanierungsmaßnahmen für die Knappschaft werde beim Haushalt des Arbeitsministeriums zu sprechen sein.

Der Minister ging dann auf verschiedene Vorschläge ein, die von den Parteien zur Behebung der Finanznot gemacht worden sind. Er verwarf Hugenbergs Projekt einer 15 prozentigen Reparationsabgabe, das im Widerspruch zu unserer ganzen Handelsvertragspolitik stehe und außerdem technisch nicht durchführbar sei. Auch der frühere Reichstagsabgeordnete und Parteifreund Hugenbergs, Dr. Reichert, habe in einer Denkschrift diesen Plan abfällig kritisiert. Ebenso wandte sich der Minister gegen den Vorschlag, zum Zwecke der Geldaufnahme für das Reich die Neubesitzanleihe zu einer verzinslichen Anleihe zu machen.

Auch ein Sparzwang sei nicht durchführbar,

da er als Zwangsanleihe wirke und die Lust zum Sparen einschränke.

Abg. Ersing (Z.) protestierte auf das schärfste gegen die journalistische Aufmachung der gestrigen Rede des Finanzministers in verschiedenen Blättern. In der Presse sei es so dargestellt worden, als ob wir ein neues Defizit von einer Milliarde hätten, während die Entwicklung im Jahre 1930 zu den bisher genannten 900 Millionen und auch nur möglicherweise einen weiteren Fehlbetrag von 100 Millionen erbringen werde. Das Elend, das durch eine solche Berichterstattung in Deutschland hervorgerufen werde, sei so groß, daß man sich letzten Endes überlegen sollte, ob die Regierung nicht gegen eine solche sensationelle und unwahre Berichterstattung einschreiten sollte.

Wenn der Fünfjahresplan in Rußland so kritisiert worden wäre, wie in Deutschland die Finanzpolitik des Reiches, würden solche Berichterstatter einfach aufgehängt werden.

Ferner hielt es der Redner noch für wünschenswert, wenn die Regierung einmal geeignete Schritte unternehme, um zur Beruhigung der Bevölkerung in der Oeffentlichkeit Klarheit über die tatsächlichen Kostenverhältnisse in der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden zu schaffen. Von den interessierten Verbänden und Organisationen werden häufig Berichte über Verwaltungs- und Beamtenfragen verbreitet, die sich bei einer näheren Prüfung als unrichtig herausstellen. Bedauerlich sei auch die ablehnende Haltung der Markenindustrie gegen eine Preisherabsetzung. Dabei handele es sich durchweg um gutfundierte Unternehmungen. Wenn sich diese nicht zu einer Preissenkung von 10 Prozent verstehen sollten, sollte die Regierung ganz allgemein die Preisbindungen aufheben.

Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf Freitag vertagt.

Rußland und die Abrüstungskonferenz.

Eine Erklärung der Räteunion.

Moskau, 15. Januar.

Die Telegraphenagentur der Räteunion veröffentlicht folgende Meldung: Angesichts der zurzeit stattfindenden Erörterung der Frage des Vorsitzes und des Zeitpunkts und Orts der Abrüstungskonferenz haben die Rätebotschaften und Rätegesandtschaften in Großbritannien, Deutschland, Italien, Norwegen, Persien, Polen, Frankreich und Japan den Ministern des Aeußern dieser Länder folgende gleichlautende mündliche Erklärung abgegeben:

Gemäß den Beschlüssen der Mehrheit des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses wird sich der Völkerbundsrat in der nächsten Tagung wahrscheinlich mit der Festsetzung des Orts und des Zeitpunkts der Einberufung der Abrüstungskonferenz und der Ernennung des Konferenzvorsitzenden befassen. Nach Ansicht der Räteregierung kann diese Konferenz eventuell von internationaler Bedeutung sein, denn von den Ergebnissen der Konferenz kann in erheblichem Maß die

Frage der Verlängerung und Festigung des Friedens und die Frage eines neuen Zerstörungskrieges abhängen.

Die Räteregierung hat sich wiederholt in dem Sinne geäußert, daß unter den gegebenen Verhältnissen die einzige Bürgschaft eines wahren Friedens die Abrüstung oder zumindest größtmögliche Herabsetzung der Rüstungen sein würde. Sie hat bei dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß dahingehende Vertragsentwürfe eingebracht und wird sie auch wieder zur Prüfung der Konferenz vorlegen. Das zeugt von dem besonderen Interesse der Räteunion an einem Erfolg der Konferenz und an ihrer Bereitschaft, an den Arbeiten der Konferenz tatkräftig Anteil zu nehmen.

Nach Ansicht der Räteregierung ist es für einen Erfolg der Arbeiten der Konferenz erforderlich, daß allen Konferenzteilnehmern, sowohl den großen wie den kleinen Mächten

volle Gleichberechtigung

gesichert sei. Sie sieht sich aber gezwungen, festzustellen, daß diese Gleichberechtigung im Abrüstungsausschuß gegenüber der russischen Vertretung nicht nur durch die Beschlüsse des Ausschusses, sondern namentlich durch die offen parteiische Haltung des Ausschußvorsitzenden verletzt wurde. In den Protokollen des Ausschusses sind nicht wenig Belege für diese Behauptung zu finden. Es bedurfte besonderer Selbstbeherrschung und Geduld der russischen Abordnung wie auch der Erkenntnis der großen Bedeutung, die ihre Regierung der Sache der Abrüstung beimißt, um unter dem

Eindruck der Taktlosigkeiten und Grobheiten des Ausschußvorsitzenden

ihre Teilnahme an den Ausschußverhandlungen nicht abzubrechen.

Unzweifelhaft wurde die Haltung des Vorsitzenden u. a. auch durch seine Zugehörigkeit zu einem Staat bedingt, der im Laufe von 14 Jahren normalen Beziehungen mit der Räteunion ausweicht, dem es an wirklichen Quellen zur Unterrichtung über die Räteunion gebricht und der deshalb mehr als andere kapitalistische Staaten Vorurteilen gegenüber der Räteunion unterworfen ist.

In Anbetracht dessen glaubt die Räteregierung, daß die Beteiligung an der Wahl des Konferenzvorsitzenden

allen Konferenzmitgliedern ohne Ausnahme gewährt werden müsse und daß der Vorsitzende daher nicht von einer Staatengruppe und auch nicht von einer Organisation, der nicht alle Konferenzteilnehmer angehören, sondern von der Vollversammlung der Konferenz ernannt werden müsse. Die Räteregierung glaubt, zum Vorsitzenden und somit auch zum Leiter einer so wichtigen Weltkonferenz könne nicht gewählt werden ein Vertreter eines solchen Staates, der bereits im Vorbereitenden Abrüstungsausschuß eine bestimmte ablehnende Haltung gegenüber der Abrüstung gezeigt hat, noch eines Staates, der eine entwickelte Kriegsindustrie von internationaler Bedeutung besitzt und demnach an der Aufrechterhaltung und Steigerung der Rüstungen wirtschaftlich interessiert ist, noch eines Staates, der nicht mit allen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen, normale Beziehungen aufrechterhält. Selbstverständlich kann zum Vorsitzenden der Konferenz auch nicht eine Persönlichkeit gewählt werden, die durch ihre öffentlichen Kundgebungen oder ihre Vorurteile gegen diesen oder jenen Staat bekannt ist.

Ferner ist für eine erfolgreiche Arbeit der Konferenz notwendig, daß allen ihren Teilnehmern die nötige Ruhe und die Möglichkeit, den Gegenstand der Arbeiten der Konferenz sorgsam zu prüfen, gesichert sei. An dieser Ruhe fehlte es der Räteabordnung bei dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuß in erheblichem Maße angesichts der feindlichen Atmosphäre, die ihr gegenüber durch die Genfer Presse und durch örtliche Antiräteorganisationen geschaffen war, zu denen auch die bekannte internationale Organisation zur Vorbereitung einer Intervention in der Räteunion mit dem Beschützer des Mörders des Rätebotschafters Worowski an der Spitze gehört. Vorurteile und Voreingenommenheit gegen die Räteunion sind naturgemäß herrschend in jenen Ländern, die in der Räteunion keine Vertreter haben, denen es an zuverlässigen Nachrichten über die Räteunion fehlt und die ihre Kenntnis ausschließlich aus Berichten verantwortungsloser Journalisten beziehen.

Die Räteregierung glaubt daher, daß als Ort der Abrüstungskonferenz

ein Land gewählt werden müsse, das mit allen Staaten, die an der Konferenz teilnehmen normale Beziehungen aufrechterhält.

*

Diese Erklärung der Sowjet-Union verdient größte Beachtung. Die Sowjetunion hat Fragen aufgegriffen, die auch Deutschland seit langem beschäftigt haben und zu denen Graf Bernstorff im Rahmen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz im vergangenen Jahr im einzelnen schon ganz bestimmte Erklärungen abgegeben hat. Auf jeden Fall ist es zu begrüßen, daß die Sowjetregierung Veranlassung nahm, im gegenwärtigen Augenblick diese Erklärung abzugeben, die in jeder Beziehung als ein Zeichen dafür anzusehen ist, daß die Russen bereit sind, an den Arbeiten der Konferenz aktivst Anteil zu nehmen. Die Frage der Abrüstung ist von internationaler Bedeutung, und geht alle Völker an. Von dem Ergebnis der Konferenz kann, wie mit vollem Recht von Seiten der Sowjet-Union erklärt wird, in erheblichem Maße die Frage der Verlängerung und Festigung des Friedens abhängen, ja, die Ergebnisse dieser Konferenz werden für die Fortentwicklung der Weltpolitik von entscheidender Bedeutung sein. Damit steht aber der Völkerbund vor einer Aufgabe, deren Lösung für seine Arbeit, sein Ansehen und seine Wirksamkeit in der weiteren Zukunft ausschlaggebend ist. Aus diesem Grunde ist die Bereitschaft der Sowjet-Union zur aktiven Mitarbeit sehr zu begrüßen. Denn eine solche Schicksalsfrage wird nur dann einer umfassenden Bearbeitung unterzogen werden können, wenn alle daran teilnehmen, die es angeht. Das besondere Interesse der Sowjet-Union an diesem Erfolg der Konferenz zeigt, daß die Sowjet-Regierung sich der hohen Bedeutung dieser Konferenz in jeder Beziehung bewußt ist.

Die Mißstände im juristischen Studium.

Preußischer Staatsrat.

÷ Berlin, 15. Januar.

Der Preußische Staatsrat befaßte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem

Entwurf eines Polizeiverwaltungsgesetzes.

Die Reformen umfassen insbesondere die Schaffung einheitlicher Ortspolizeibehörden, die Umgestaltung des Polizeiverordnungsrechtes, die Vereinfachung des Rechtsmittelweges gegen polizeiliche Verfügungen, die Einführung der Beschwerde neben dem Antrage auf gerichtliche Entscheidung bei polizeilichen Strafverfügungen.

Dr. Caspari-Schneidemühl (Soz.) empfahl ein Gutachten des Ausschusses, worin dem Grundsatz zugestimmt wird, daß die Polizei eine Angelegenheit des Staates ist. Der Staatsrat wünscht, daß der Begriff „Polizei" möglichst eng gefaßt wird und alle Aufgaben, die in ihrem Kern den Charakter der Wohlfahrtsaufgaben tragen, an die Selbstverwaltung übertragen werden.

Der Gesetzentwurf wurde nach kurzer Aussprache in der Ausschußfassung mitsamt dem Gutachten des Ausschusses angenommen.

Gegen den

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung veralteter Polizei- und Strafgesetze

für das Gebiet der ehemaligen Herzogtümer Jülich und Berg, für die Provinz Hessen-Nassau, für die Städte Halle a. S., Breslau, Bonn, Düsseldorf, Laalphe und Hanau, für den Bereich des ehemaligen Herzogtumes Schlesien und der Grafschaft Glatz sowie der ehemaligen Herzogtümer Schleswig und Holstein, für die Stadt Hamburg, Homburg v. d. H. wurden Einwendungen nicht erhoben.

Zugestimmt wurde dem Ministerialerlaß über die

Neuordnung des juristischen Studiums.

Dazu wurde eine Entschließung angenommen, wonach der Staatsrat das Vorhandensein von Mißständen im juristischen Studium anerkennt. Sie zeigen sich in dem schlechten Besuch der Vorlesungen, im Uebermaß der Besuche von Repetitorien und in dem schlechten Ausfall der Referendarprüfungen. Der Staatsrat glaubt, daß

ein wesentlicher Grund für die bestehenden Mißstände in der mangelhaften Schulbildung beruht.

Ein großer Teil der heutigen Studenten bringt auf die Universität nicht das Mindestmaß von Kenntnissen und allgemeiner Ausbildung mit, das für das Verständnis juristischer Vorlesungen und ein juristisches Studium unbedingt erforderlich ist. Die vorliegende Verordnung kann nur als ein Versuch zur Besserung der Verhältnisse angesehen werden.

Hierauf vertagte sich der Staatsrat auf den 2. Februar.

Völkerbundssekretariat und Minderheitenproblem.

Polnisch-französische Vorarbeit.

Von unserer Berliner Redaktion.

● Berlin, 15. Januar. (Drahtb.)

Die in Berlin von Genf eintreffenden Meldungen zeigen von Tag zu Tag deutlicher, daß, abgesehen von Polen, von maßgebender Seite des Völkerbundes der Versuch unternommen wird, das Eintreten Deutschlands für die Interessen der Minderheiten in Polen als eine nicht besonders wichtige Frage hinzustellen. In erster Linie scheint das Völkerbundssekretariat der ganzen Angelegenheit nicht den erforderlichen Ernst zuzuwenden. Man hört nämlich, daß aus dem Archiv des Sekretariats ein alter Antrag ausgegraben worden ist, der eine weitere Einschränkung des Minderheitenverfahrens bezweckt. Als Beispiel dafür, wie in Genf gewisse Kundgebungen behandelt werden, kann die Tatsache dienen, daß die aus der Ukraine in Genf eingetroffene Minderheitenbeschwerde, die sich gegen die Mißhandlungen während der polnischen Wahlzeit wendet, einfach in den Papierkorb wanderte. Im Genfer Völkerbundssekretariat ist man anscheinend durchaus nicht erbaut davon, überhaupt Minderheitenfragen behandeln zu lassen. Recht drastische Aeußerungen hört man von Beamten des Völkerbundssekretariats. In den Amtsräumen dieses Instituts ist man der Meinung, daß die Beschwerde der Reichsregierung über die Gewaltakte gegenüber Deutschland in Ostoberschlesien überhaupt nicht in den Kreis der Minderheitenbeschwerden gehört, denn auch viele Polen selbst seien bei den Ausschreitungen in Mitleidenschaft gezogen worden. Die ganze Sache sei eine innere Angelegenheit Polens, und die deutsche Reichsregierung habe den Schritt in Genf nur getan, um dem deutschen Nationalismus etwas entgegenzukommen. Hinter solchen Aeußerungen steht ohne Zweifel die offizielle französische Meinung. Obwohl man in Paris weiß, daß Deutschland im Recht ist, möchte man doch am liebsten alles vermeiden, was den geliebten polnischen Bundesbrüdern weh tun könnte. Vom deutschen Standpunkt kann man sagen, daß die Aufgaben, die die deutsche Delegation in Genf zu erledigen hat, von äußerster Delikatesse und ungeheurer Schwere sind. Der deutsche Delegationsführer und seine Mitarbeiter sind wahrhaftig nicht zu beneiden.

*

Die Unterredung Henderson-Briand.

× Paris, 15. Jan.

Zu der gestrigen Unterredung des französischen Außenministers Briand mit dem englischen Außenminister Henderson schreibt der „Matin", die beiden Außenminister hätten vor allem über ihre Haltung zum deutsch-polnischen Streitfall gesprochen. Sie seien der Ansicht gewesen, daß der Völkerbundsrat es sich im allgemeinen Interesse schuldig sei, zuzulassen, daß die Vertreter Berlins und Warschaus frei ihre Argumente vorbringen unter der Bedingung, daß die Diskussion nicht aus dem Rahmen der Verträge betreffend den Schutz der Minderheiten heraustrete und niemals die Verpflichtungen aus dem Auge verliere, die diese Verträge sowohl Deutschland wie Polen auferlegen. In diesem Geiste habe der englische Außenminister übrigens anstelle des Reichsaußenministers Dr. Curtius den Vorsitz der Ratstagung übernehmen zu müssen geglaubt. Briand und Henderson hätten auch den gegenwärtigen Stand der französisch-italienischen Flottenabrüstungsverhandlungen und die finanziellen Probleme geprüft, die gegenwärtig in London Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen Vertretern des französischen Finanzministeriums und des englischen Schatzamtes seien. — Auch der „Petit Parisien" erklärt, die gestrige Unterredung zwischen Briand und Henderson habe sich wahrscheinlich auf die Finanzprobleme bezogen, die kürzlich von einer Delegation des englischen Schatzamtes in Paris zur Sprache gebracht wurden und die jetzt in London zwischen den Vertretern des englischen Schatzamtes und einer Abordnung des französischen Finanzministeriums weiter zur Verhandlung stehen.

*

Auftakt zur Europakonferenz.

:: Genf, 15. Jan.

Am Freitag vormittag um 11 Uhr beginnt die europäische Konferenz, die sich auf der letzten Völkerbundsversammlung in Gestalt eines „Studienkomitees für die europäische Union" konstituiert hat. Die Verhandlungen leitet der französische Außenminister Briand. Es nehmen daran die 27 europäischen Staaten, die dem Völkerbunde angehören, teil: Rußland und die Türkei sind nicht eingeladen; über ihre Teilnahme an den weiteren Arbeiten des Komitees wird vielleicht die Konferenz einen Beschluß fassen. Die überwiegende Mehrzahl der teilnehmenden Staaten hat ihre Außenminister entsandt. Die Konferenz beginnt mit einer vertraulichen Sitzung, in der das Programm der Tagung erörtert wird. In der dann folgenden öffentlichen Sitzung wird der Präsident der Wirtschaftskonferenz, die im November in Genf tagte, Colijns-Holland, einen Bericht über die Arbeiten dieser Konferenz erstatten. An diesen Bericht wird sich eine allgemeine Aussprache anschließen. Es ist weiter vorgesehen, ein Bericht des Vorsitzenden des Finanzkomitees, Suisch-Italien. Hauptaufgabe der jetzigen Tagung ist die Festsetzung eines Arbeitsprogramms. Die Konferenz wird wahrscheinlich bis Dienstag nächster Woche dauern.

Aus der Heimat.

Kurse für erwerbslose Mädchen.

j. **Bocholt**, 16. Januar. Die vom Städtischen Jugendamt für erwerbslose Mädchen eingerichteten Nähkurse haben in der vorigen Woche wieder begonnen. Die Unterrichtsstunden finden statt Dienstags, Mittwochs und Donnerstags, morgens von 9 bis 12 Uhr, und außerdem Donnerstags, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Gesellenhause unter Leitung von Fachkräften. Vor allen Dingen sollen Ausbesserungs- und Umänderungsarbeiten gemacht werden. Jedes Mädchen muß sich das Nähmaterial selbst mitbringen. Die Teilnahme ist kostenlos. — Ferner beabsichtigt das Jugendamt Kochkurse für erwerbslose Mädchen einzurichten, die ebenfalls kostenlos sind und in den Nachmittagsstunden stattfinden sollen. Zu den Kochkursen werden in erster Linie solche Mädchen zugelassen, die sich auch an den übrigen Kursen beteiligen. — Der vom Städtischen Jugendamte eingerichtete Volkstanzlehrgang hat am 12. Januar 1931 begonnen. Montags, Mittwochs und Freitags finden die Unterrichtsstunden für Fortgeschrittene und Dienstags, Donnerstags und Samstags für Anfänger statt. Jeden Nachmittag von 3 bis 5 Uhr sind unentgeltliche Unterrichtsstunden für erwerbslose Jugendliche im Gehilfinnensaale. — Für berufstätige Mädchen werden in nächster Zeit Abendkurse im Kochen und Backen eingerichtet. Die Teilnehmergebühr beträgt 5,— RM. Außerdem wird für jedes Essen 1,— RM. gezahlt. Anmeldungen zu diesen Kursen nimmt das Jugendamt (Realschulstraße, Zimmer Nr. 27) entgegen.

Beschlagnahmte Schmuggelwaren.

d. **Bocholt**, 15. Jan. Von den Grenzaufsichtsbeamten des Hauptzollamtsbezirks Vreden sind im Dezember 1930 folgende aus Holland „eingeschwärzte" Warenmengen den Schmugglern abgenommen worden: 240 Kilogramm gebrannter Kaffee, 265 Kilogramm Rauchtabak, 3350 Stück Zigaretten, 2623 Kilogramm Mehl, 7093 Kilogramm Getreide, etwa 100 Kilogramm Waren verschiedener Gattungen und 16 Fahrräder. Die Beschlagnahmungen verteilen sich auf 148 Einzelfälle, in denen Strafverfahren wegen Zollhinterziehung eingeleitet ist.

Die neuen Mitglieder des Handwerksgerichts.

h. **Bocholt**, 16. Jan. Ab 1. Januar ds. Js. sind als Mitglieder des Handwerksgerichts Bocholt berufen seitens der Arbeitgeber die Herren Bauunternehmer Fritz Biermann (Bocholt), Malermeister Ludwig Meyermann (Bocholt), Bauunternehmer Alois Wolter (Borken) und Schneidermeister Johann Denys (Vreden); seitens der Arbeitnehmer die Herren Schlosser Oswald Ludwig, Schreiner Heinrich Sümpelmann, Maurer Heinrich Holtmann und Anstreicher Bernhard Nienhaus (sämtlich aus Bocholt).

Kreuzbund.

e. **Bocholt**, 16. Jan. Der Kreuzbund feierte am vergangenen Sonntag in schlichter Weise sein Weihnachtsfest. Lieder und Gedichte brachten Weihnachtsstimmung, die dann durch Herwigs Weihnachtsspiel bildhaften Ausdruck bekam. Die Notzeit hatte zum großen Leidwesen der Kinder die sonst übliche Bescherung unmöglich gemacht. Vielleicht gewann aber gerade durch das Fehlen dieser unvermeidlichen Bescherung — die oft genug die schönste Weihnachtsfreude verdarb — die Gemeinschaft ungemein an inneren, seelischen Werten, und das will heutzutage bewertet sein! Hoffentlich bringt uns die Spielschar noch öfter solch feine Perlen! — Die nächste Versammlung findet am Donnerstag, dem 22. Januar, im Kreuzbundsaal des Gesellenhauses statt. Vortrag, gemütliches Plauderstündchen.

Kaninchenzuchtverein Bocholt.

:: **Bocholt**, 16. Jan. Der Verein hielt kürzlich im Vereinslokal „Bürgerkrug" seine Monatsversammlung ab. Fast sämtliche Mitglieder waren erschienen; auch konnten wieder einige Neuaufnahmen getätigt werden. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die am 29. und 30. November stattgefundene Verbandsausstellung. Auf Antrag der Mitglieder wurde beschlossen, die nächste Versammlung, die am morgigen Samstag, abends 8 Uhr, stattfindet, als Generalversammlung gelten zu lassen. Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich zur Stelle zu sein. In dieser Versammlung wird auch ein erstklassiger Belgischer Riesen zur Verlosung gelangen, worauf noch ganz besonders hingewiesen wird.

Zentrumspartei des Amtes Liedern-Werth.

d. **Bocholt**, 16. Januar. Am kommenden Mittwoch, dem 21. Januar, nachmittags 3.30 Uhr, findet im Arbeitervereinshaus St. Paulus zu Bocholt (Wesemannstraße) eine wichtige Aussprachetagung statt. Zu dieser Aussprachetagung sind alle interessierten Zentrumsfreunde aus den einzelnen Gemeinden des Amtes Liedern-Werth eingeladen, insbesondere aber die Vorstände und Vertrauensleute. Es werden sprechen auf dieser Tagung: Handwerkskammerpräsident Bielefeld, M. d. R. (Recklinghausen) über „Das Zentrum in der Verantwortung" und Parteisekretär van Dillen (Recklinghausen) über „Das wahre Gesicht des Nationalsozialismus".

Eine Schwarzbrennerei aufgehoben.

Drei Gebrüder und ein Knecht verhaftet.

Crommert, 15. Januar. **Am Mittwochabend wurde auf dem Gehöft der Gebrüder Schmäing von hier eine geheime Schnapsbrennerei aufgehoben. Ein Kriminalbeamter aus Bocholt sowie Oberlandjäger Niklaus aus Rhede und mehrere Zollbeamten nahmen eine Durchsuchung des Gehöftes vor und entdeckten auch schon nach kurzer Zeit die Schwarzbrennerei. Die geringen Vorräte, die sich in Milchkannen befanden, sowie die Apparate, die zur Herstellung größerer Mengen Alkohol geeignet waren, wurden beschlagnahmt. Einer der Brüder, der gerade anwesend war, sowie der Knecht wurden sofort in Haft genommen und dem Amtsgericht Bocholt zugeführt. Im Laufe des Abends wurden auch die beiden übrigen Brüder verhaftet.**

:: **Spork**, 16. Jan. **Der Schützenverein hält am** kommenden Sonntag, nachmittags um 3 Uhr, in der Schule eine Versammlung ab, auf deren Tagesordnung wichtige Punkte (u. a. Verteilung der Feste) stehen. Möglichst vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?

Abg. Letterhaus (Köln) spricht im Arbeiterverein St. Paulus. - Eine imposante Monatsversammlung.

sch. **Bocholt**, 15. Januar.

Daß der Arbeiterverein St. Paulus als der aktivste Verein in ganz Bocholt gilt, ist eigentlich ein offenes Geheimnis. Daß er aber zu einer „gewöhnlichen" Monatsversammlung eine solche Masse von Mitgliedern wie am Mittwochabend auf die Beine bringen würde, das hätte sich auch der kühnste Optimist wohl kaum träumen lassen! Nicht nur daß der große Saal des Heims bis auf den letzten Platz mit Mitgliedern und ihren Angehörigen besetzt war, nein, auch in die Nachbarräume wuchs die Riesenversammlung hinein. An einem Wochentage ein solches Riesenaufgebot — das macht kein anderer Verein den Paulusjüngern nach! Dafür marschiert allerdings auch der Arbeiterverein St. Paulus mit an der Spitze der katholischen Arbeitervereinsbewegung, wie ihm vom Redner des Abends, der als Verbandssekretär darüber schon ein Urteil abgeben kann, bestätigt wurde. Besondere Erwähnung verdient noch, daß sogar eine Anzahl Mitglieder des Arbeitervereins Rhede als Gäste herübergekommen war.

Man hatte also zu dieser Versammlung einen Redner hergebeten, dessen Name unter der katholischen Arbeiterschaft Bocholts einen guten Klang hat, den Landtagsabgeordneten Verbandssekretär Letterhaus aus Köln, der, wie er selbst sagte, über die riesige Volksversammlung so sehr überrascht war, daß er schleunigst das vorgesehene Thema beiseite schob und dafür eine gewaltige Rede über den Sozialismus unserer Tage hielt. Klar und überzeugend wies der Redner der atemlos lauschenden Menge nach, daß der Sozialismus von heute sich zwar gewandelt, daß er aber an seinem Wesen nicht das Geringste geändert hat, daß vor allem seine Haltung zu Christentum und Kirche immer noch die gleiche ist wie von Anbeginn. Anderthalb Stunde sprach der Redner, am Schluß seiner Ausführungen auch im fernsten Winkel des Saales noch genau so deutlich vernehmbar wie zu Beginn. Kein Wunder, daß die Massen wie gebannt an seinen Worten hingen, daß nur hin und wieder die Ausführungen durch spontane Beifallsbezeugungen unterbrochen wurden. Fürwahr, der ideelle Wert einer solchen Versammlung, in der ein Redner von Format ewige Wahrheiten mit so ungeheurer Wucht in die Massen hämmert, wie es hier der Fall war, ist gar nicht hoch genug anzuschlagen.

*

Mit herzlichen Willkommensworten hieß Herr Th. Benning als Vizepräses des Vereins die Riesenversammlung willkommen, wobei er es nicht unterließ, dem kürzlich gestorbenen Mitbegründer des Vereins Calixtus Wolbring einen ehrenden Nachruf zu widmen. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise. Dann begrüßte Herr Benning den Redner des Abends, den die Bocholter Arbeiterschaft als einen Mann der Arbeit kenne, der sich aufopfere für die katholische Arbeitervereinsbewegung. Ein weiterer Willkommensgruß galt dem Landtagsabg. Oberbürgermeister a. D. Farwick (Aachen), der als Gast des Landtagsabg. Jakob hier weilte und an der Versammlung teilnahm, was die Anwesenden mit lebhaftem Beifall quittierten.

Von der Versammlung stürmisch begrüßt, nahm sodann

Abgeordneter Letterhaus

das Wort zu seinem Vortrag über den Sozialismus unserer Tage. Der Redner führte u. a. aus: Solange es eine katholische Arbeiterbewegung gibt, so lange währt auch schon der Kampf mit dem Sozialismus. In heißer Auseinandersetzung mit den sozialistischen Strömungen wurde Stein auf Stein für den Bau der eigenen Bewegung geschichtet. Die Art dieser Auseinandersetzung ist heute anders als früher; sie ist aber geblieben, weil wir im Sozialismus den Gegner unserer Weltanschauung sehen. Allerdings hat sich der Sozialismus gewandelt. So werden denn auch in unserm Lager Stimmen laut, die eine einheitliche Front der Arbeitnehmer befürworten; denn — so meint man — wenn es gelänge, einen gewaltigen Einheitsblock der Arbeiterschaft zu schaffen, dann werde es auch gelingen, der Arbeiterschaft zum Sieg zu verhelfen. Angesichts dieser Meinungen muß die Frage geprüft werden:

Kann ein Christ Sozialist sein?

Daß diese Frage nicht so überflüssig ist, geht aus einem Artikel des „Hochland", dieser führenden katholischen Zeitschrift, hervor, in dem Karl Muth, der Herausgeber dieser Zeitschrift, den erschütternden Satz ausspricht: „Das Christentum muß sich, wenn es zur vollen Auswirkung kommen soll, dem Christophorus der neuen Gesellschaft (d. i. der Sozialismus) anvertrauen, um sich durch den Wirbel des Zeitstromes an ein besseres Ufer tragen zu lassen". Das ist das Kühnste, was bisher von einem Katholiken zu dieser Frage gesagt worden ist. Es ist falsch zu sagen, es läge heute näher, sich mit den Nöten der Zeit zu befassen. Hinter den Dingen, die uns im Alltag bedrücken, stehen jene geistigen Dinge, um die wir mehr denn je ringen müssen.

Wie war der Sozialismus?

Man kann den Sozialismus nur verstehen, wenn man die Zeitverhältnisse begreift, in denen er wuchs. Die Wegbereiter des Sozialismus waren der Liberalismus, der Kapitalismus und die Auswirkung dieser Systeme. Los von allen Bindungen des Staates und der Kirche! Stellt den Menschen auf sich selbst! So lautete die Parole. Der Liberalismus löste den Menschen von Gott, er leugnete Gott, um den Menschen zu vergotten. Die Folge war die Entfesselung des ungebändigten Gewinnstrebens. Auf diesem düsteren Hintergrund zeichnet sich die Geburtsstunde des modernen marxistischen Sozialismus ab. Es war ein tragisches Verhängnis, daß diese sozialistische Strömung der ersten Zeit sofort in den schärfsten Gegensatz zum Christentum und zur Kirche geriet. Liberalismus und Sozialismus haben die gleichen Wurzeln, beide rüsteten sich geistig aus der gleichen Waffenkammer. Beide machten in „Aufklärung". Die Wanderapostel zogen durch die Lande und predigten das neue Evangelium vom Diesseits. Gott wurde den Massen entfremdet. Der platte Materialismus hat die Sozialisten vom ersten Anfang an beherrscht. Nicht der Bolschewismus des 20. Jahrhundert hat das furchtbare Wort erfunden, daß Religion Opium für das Volk sei. Dieses Wort wurde in der Geburtsstunde des Sozialismus geprägt.

Gegenüber diesem Radikalismus und der groben Bekämpfung alles Höheren gab es in der sozialistischen Bewegung von Anfang an

kluge Parteitaktiker,

die da mahnten, vorsichtig zu sein, besonders in Gegenden, in denen christliche, katholische Arbeiter sitzen. (Liebknecht, Bebel, Molkenbuhr.) Die Religion wurde zur Privatsache erklärt, man möge sie sich selbst überlassen. Daneben aber gab es schon lange vor dem Kriege so etwas wie eine Ersatzreligion, den Kult der Wissenschaft und Kunst usw. Auch tauchten Einzelpersönlichkeiten auf, die als überzeugte Christen den Sozialismus vom Christentum her durchdringen wollten (z. B. der Schweizer Hans Müller). Doch diese Versuche blieben erfolglos: Weiter wälzte sich der alte Strom dahin, alles ebnete er ein, alles stellte er auf diese Erde.

Diesem Sozialismus, der nur von dieser Welt war, begegneten

die katholischen Arbeiter.

Sie mußten sofort in schärfsten Gegensatz zu dieser Strömung kommen, weil das Höchste in ihnen zerstört werden sollte, weil sie erkannten, daß ein Volk, daß die Völker zugrunde gehen müssen, wenn sie der Lehre vom Klassenkampf anhängen. Sie entwickelten, obwohl sie gleiche Not litten wie die sozialistischen Arbeiterbrüder, eine eigene Bewegung mit dem Ziel auf das ganze Volk hin, eine Bewegung, die in bewußtem Zusammenhang mit Christentum und Kirche blieb, die katholische Sozialbewegung.

Seit der Zeit sind Jahrzehnte ins Land gegangen. Der Sozialismus unserer Tage ist nicht mehr das, was er früher war.

Welches sind die Ursachen dieser Veränderungen?

Die erste große Ursache war die Preisgabe der Zwangsläufigkeit, d. h. der Ansicht, daß alles sich zwangsläufig von selbst entwickelt. In diesem Gedankengang hatten natürlich die Gewerkschaften keinen Platz. Mit ihnen gerieten die sozialistischen Theoretiker in schärfsten Gegensatz, zeigte sich doch sehr bald, daß die Gewerkschaften sehr wohl etwas tun konnten. Da bauten die Theoretiker ihre Theorien um und paßten sie den neuen Verhältnissen an. Man gelangte von der Zwangsläufigkeit zu dem Vom-Willen-Bewegten. Daraus erwuchs der Kampf zwischen den Revisionisten und den Dogmatikern in der Vorkriegszeit. Eine weitere Ursache der Veränderung des Sozialismus war das ewige Hinausschieben des Endzieles der sozialistischen Weltanschauung. Bebel errechnete noch die Stunde, wann der Zukunftsstaat da sein werde, und heute spricht man von 1000 und mehr Jahren, bis dies Ziel erreicht sei. Aber auch der Krieg (Bewilligung der Kriegskredite durch die Sozialdemokratie), der staatliche Zusammenbruch und der Riß durch die Sozialdemokratie (zunächst zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, dann zwischen Sozialismus und Kommunismus) trugen zu den Veränderungen bei. Heute ist das Wort Karl Marx': „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" zum Hohn geworden. Hinzu kommt noch, daß die Sozialdemokratie heute keine reine Arbeiterpartei mehr ist, daß in ihr Massen anderer Berufsgruppen Platz gefunden haben. Das Gesicht des Sozialismus ist eben vollständig verändert worden.

Haben nun diese Veränderungen im Wesen des Sozialismus etwas geändert?

Nein! Vor allem nicht in seinem Verhältnis zum Religiösen. Gewiß hat die Sozialdemokratie Gesetzen zustimmen müssen, die ihrem Wesen nicht entsprachen (Konkordat). Sie selbst aber hat durch ihre Zustimmung nichts von ihren Grundsätzen preisgegeben. Wenn es sich darum handelt, Ehe und Familie zu schützen, dann ist sie die gleiche wie vor dem Kriege. Sie stützt die Freidenkerbewegung, nach wie vor fällt sie mit Hohn und Spott über uns her. Sie hat die sozialistische Kinderfreundebewegung ins Leben gerufen, die die Kinder bewußt ohne Gott erzieht. In allen kulturellen Dingen ist sie die gleiche wie früher. Auch der religiöse Sozialismus vermag nichts am Wesen des Sozialismus zu ändern. Der Bund der religiösen Sozialisten, der von Oesterreich her zu uns kam, hält fest am Marxismus, er bejaht den Klassenkampf. Der Bund ist bewußt antikirchlich eingestellt, sein Grundsatz lautet: Für die Religion und gegen die Kirche! Er will aus der Religion eine Bewegung schaffen, die den Menschen ein besseres Dasein auf dieser Erde gibt. Nicht Erlösung, sondern Eroberung der Welt unter Berufung auf das Christentum, das ist das Programm des Bundes der religiösen Sozialisten.

Daneben standen die katholischen Sozialisten, die sich im Rheinland um das Rote Blatt scharten, mit denen es aber schon nach zwei Jahren vorbei war. Der „Sozialismus aus dem Glauben" kann nicht befriedigen. Es gibt keinen Halt, wenn die Menschen nicht auf ein sittliches Ziel eingestimmt werden. Dieses Sittliche muß in heißem Kampf täglich wieder neu erobert werden.

Aber auch heute sehen wir neben all diesen Strömungen

wieder die klugen Parteitaktiker

(Sollmann, Breitscheid usw.) am Werk. Zwar hat auf dem Magdeburger Parteitag der Sozialist Löwenstein sich scharf gegen die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in der Konkordatsfrage wie in der Frage der konfessionellen Schule ausgesprochen, zwar hat der Sozialist Dr. Krische dem religiös-sozialistischen Pfarrer Franke gegenüber erklärt: „Religion und Sozialismus sind das Gleiche wie eine Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen" — über die Methode der klugen Parteitaktiker gibt die Schrift Otto Bauers „Sozialismus, Religion und Kirche" außerordentliche interessante Einblicke. Er sagt: **„So wie die Partei nicht darauf verzichten kann, die Alten in ihren Reihen zu haben, den Mann zu haben, der seine Frau auch prügelt, so kann die Partei auch nicht auf den rückständigsten der noch rückständigen katholischen Arbeiter verzichten. Fällt darum nicht mit der Tür ins Haus hinein, seid vorsichtig, laßt die Religion aus dem Spiel. Habt ihr sie erst einmal gewonnen für die Partei, dann kommt das andere von selbst".** (!!) Hier wird die

Gottentfremdung in Stufen

empfohlen: 1. die katholischen Arbeiter nur ja nicht auslachen; 2. Zweifel hineintragen; 3. von der Naturwissenschaft her eine neue Welt aufbauen. Gegenüber dieser geistigen Haltung konnte natürlich der Bund der religiösen Sozialisten nichts ausrichten. Der alte Strom wälzt sich weiter, und von unten her wächst eine bewußt ohne Gott erzogene Jugend heran, **gehören doch der sozialistischen Kinderfreundebewegung heute schon 120 000 Schulkinder an! Wer da noch glaubt, daß eine solche Bewegung eine Brücke zwischen Sozialismus und Christentum schaffen kann, ist einfach mit Blindheit geschlagen. Trotz aller Veränderungen ist eben der Sozialismus der gleiche geblieben wie in den Tagen der Gründung.**

Diesem Sozialismus stehen wir gegenüber. Er ist eine Macht. Sozialisten und Nationalsozialisten sind beide Wegbereiter des Kommunismus, dessen Welle schon am Rande unseres Vaterlandes emporkommt und dessen Frontverlängerung wir in Deutschland deutlich vor uns sehen.

Wird gegenüber dem Sozialismus die katholische Arbeiterschaft standhalten?

Wir alle wissen, daß die Not heute groß ist. Und doch gibt es noch Höheres, als satt zu sein von materiellen Dingen. Wir müssen mit dazu beitragen, daß die Welle des Sozialismus und Kommunismus nicht das Kreuz von der Welt fegt. Wenn der Eckstein, der die Welt trägt, herausgenommen wird, dann wird die Welt zusammenbrechen. Wir tragen mit dazu bei durch mancherlei Reden, die vom reinen Materialismus her geprägt sind.

Freunde, laßt es das Gelöbnis dieses Abends sein, an unserer Stelle mit dazu beizutragen, daß das Kreuz Christi in der Welt stehen bleibt!

Wird die katholische Arbeiterschaft stark genug sein, sich dieser sozialistischen und kommunistischen Welle entgegenzustemmen oder wird auch sie überrannt werden? Wird sie es, dann ist unser deutsches Vaterland verloren. In diesem schweren Kampf stehen wir nicht allein. Die Macht, die sich als letzte gegen den Bolschewismus anstemmt, ist unsere Kirche. Unser Jahrhundert wird widerhallen von dem Ruf:

Leoninisches Rom oder leninisches Moskau?!

Kämpfen wir alle mit an unserm Frontabschnitt! Sorgen wir dafür, daß das Kreuz des Welterlösers in uns selbst, in unsern Familien, in unserm Volk und in der ganzen Welt erhalten bleibt!

Langanhaltender, brausender Beifall ward dem Redner als Lohn für seine ausgezeichnete Rede zuteil.

Herr Kaplan Mertens

dankte Herrn Letterhaus noch besonders herzlich dafür, daß er den Anwesenden eine so klare Fundamentierung zum Sozialismus unserer Tage geschenkt habe. Aus großer Schau habe man gesehen, daß der katholische Arbeiter mit dem Sozialismus nichts zu tun haben könne. Namens der Versammlung gab er dem Redner das Gelöbnis mit auf den Weg, daß die Bocholter katholischen Arbeiter wie bisher auch weiterhin treu zum Verband stehen würden. (Lebhafter Beifall.) Sodann dankte der Präses allen, die zur Verschönerung des Abends beigetragen hätten: der Gesangabteilung unter Leitung des Lehrers Helmich für die gesanglichen Darbietungen, dem Zitherverein „Alpenrose" unter ihrem Dirigenten Albers für die überraschend guten Proben der Zupfmusik und dem Organisten Anton Mayland, der bei jeder Veranstaltung des Vereins herrliche Orgelklänge entlockt. Herr Kaplan Mertens schloß mit dem Wunsch, daß der Geist, den man an diesem Abend gespürt habe, immer im Verein lebendig bleiben möge, daß der Herrgott diesen schönen Abend segnen möge. Mit dem Gruß „Gott segne die christliche Arbeit" war die außerordentlich eindrucksvolle Versammlung zu Ende.

*

Der Redner führte im Anfang seiner Rede aus, daß Liberalismus und Kapitalismus die Wegbereiter des Sozialismus seien. Da erhebt sich die Frage: Wie überwinden wir den falsch verstandenen Kapitalismus? die eng verknüpft ist mit der anderen Frage: Wie hauchen wir dem Sozialismus einen neuen Geist ein? Die Antwort auf diese Fragen gibt ein Buch „Kapitalismus und Sozialismus als seelisches Problem" (Dr. Pieper, Volksvereinsverlag), in dem dargelegt wird, wie der lebendige Sozialismus, der mehr ist als das kalte Verstandeserzeugnis des Marxismus, einen neuen Lebens- und Gemeinschaftswillen bringen wird, der den Marxismus erlösen wird von seinen rationalen Triebkräften und in heimholt in seinen großen geschichtlichen Sinn.

Gelingt diese Wandlung und Heimholung, dann wird damit der äußere und innere Zwang zur Wandlung auch der kapitalistischen Wirtschaftsweise vorbereitet. Aber auch nur dann; vollzieht sich diese Wandlung nicht, dann wird die Ueberwindung des falschen Kapitalismus nicht erfolgen, dann werden wir über kurz oder lang einmal an dem Problem „Kapitalismus und Sozialismus" verbluten.

---

gv. **Rhede**, 16. Jan. **Stiftungsfest des Turnvereins.** Wir verweisen an dieser Stelle auf das in der heutigen Nummer veröffentlichte Inserat des Turnvereins Rhede. Alle Freunde und Gönner des edlen Turnens sind hierzu herzlichst eingeladen.

gv. **Altrhede**, 15. Jan. **Aus der Zentrumspartei.** Die am kommenden Sonntag von der Ortsgruppe Altrhede geplante Zentrumsversammlung muß auf den 22. Januar, abends 7.30 Uhr, verlegt werden. Als Redner wird der Reichstagsabg. Weiser anwesend sein. Selbstverständlich sind zu dieser Versammlung alle Wähler aus dem Amte Rhede herzlichst eingeladen. Alles Nähere sowie die Tagesordnung dieser Versammlung wird noch durch Inserat in dieser Zeitung bekannt gegeben.

)(**Krechting**, 15. Jan. **Hohes Alter.** Heute feierte Herr Hermann Welling von hier in geistiger und körperlicher Frische im Kreise seiner Kinder und Kindeskinder seinen 80. Geburtstag. Das Geburtstagskind geht noch täglich seinen Arbeiten in Haus und Garten nach. Möge er noch viele Jahre im Kreise seiner Angehörigen glücklich verleben.

Vergnügliches.

Die Rheinische Schiffskapelle „Rheingold" gastiert am Samstagabend ab 7 Uhr und am Sonntag im „Westfälischen Hof" (neben dem Schützenhaus, Inh.: Wilh. Scholten). In einem besonders konstruierten Schiff sind Klavier und andere Instrumente eingebaut. Durch künstlerisch angeordnete Beleuchtungskörper wird eine stimmungsvolle Beleuchtung erzielt. Drei feine rheinische Jungens mit urwüchsigem rheinischem Humor sorgen für Stimmung und Unterhaltung. Da dies für Bocholt etwas ganz Neues ist, sollte es sich niemand entgehen lassen, einige frohe Stunden im „Westfälischen Hof" zu verbringen und den grauen Alltag zu vergessen.

Vom Niederrhein.

—d. **Isselburg**, 15. Jan. **Auszahlung der Unterstützungen.** Wie das Arbeitsamt Wesel mitteilt, findet die Auszahlung der Unterstützungen ab dieser Woche jeden Freitag wie folgt statt: für Arbeitslosenunterstützungsempfänger von 13.30 bis 13.50 Uhr, für Saisonunterstützungsempfänger von 13.50 bis 14 Uhr, für Krisenunterstützungsempfänger von 14 bis 14.30 Uhr.

—d. **Isselburg**, 15. Januar. **Eine gefährliche Ecke!** An der als Gefahrenpunkt erster Ordnung bekannten Ecke Minervastraße — Kirchstraße stieß gestern ein Radfahrer mit einem Personenauto zusammen. Der Fahrer bremste zwar mit aller Gewalt, konnte aber nicht verhindern, daß der Radfahrer erfaßt und zur Seite geschleudert wurde. Das Fahrrad wurde erheblich beschädigt, der Radfahrer erlitt einige Hautabschürfungen.

—d. **Helderloh**, 15. Jan. **Feuer** entstand gestern morgen gegen 10 Uhr in der Besitzung Boinck. Mit rasender Schnelligkeit griff es um sich, so daß das ganze Besitztum eingeäschert wurde. Der Feuerwehr gelang es nur noch, das Vieh und das Inventar zu retten. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

— **Rheinberg**, 16. Januar. **Kommerzienrat Hubert Underberg 70 Jahre alt.** Hubert Underberg, Kommerzienrat, alleiniger Inhaber der Firma H. Underberg-Albrecht in Rheinberg (Rhld.), blickt am 20. ds. Mts. in seltener Frische auf 70 Lebensjahre zurück. Der Jubilar hat in rastloser, nie ermüdender Arbeit dem Produkt seiner Firma, dem „Underberg", Weltruf verschafft. Bekannt sind die Kämpfe, welche die Firma H. Underberg-Albrecht für den weitesten Zeichenschutz ihrer Marke zu führen gezwungen war. Daß diese zu einem für die Firma in jeder Beziehung günstigen Endziel führten, ist das ureigenste Verdienst des Jubilars. Daneben war Herr Kommerzienrat Hubert Underberg der ganzen Branche mit seinen reichen Erfahrungen erfolgreich dienlich. So war er lange Jahre im Beirat, der Zentrale für Spirituosen-Verwertung tätig. Er ist langjähriges Mitglied des Vorstandes der Deutschen Vereinigung für den Schutz des gewerblichen Eigentums und der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz. Noch anläßlich der Beratungen des Schankstättengesetzes im Frühjahr v. Js. hat er sich mit seiner ganzen Kraft überzeugend für die Interessen des Gastwirtsstandes eingesetzt und mit dazu beigetragen, daß mancherlei Härten des Gesetzes ausgeglichen wurden. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre, wie bisher, mit ungebrochener Schaffenskraft die Geschicke des Hauses H. Underberg-Albrecht zu lenken. Auch unsererseits zu diesem Tage unsere aufrichtigsten Wünsche.

Aus dem benachbarten Holland.

m. **Dinxperlo**, 15. Jan. **An Spargeldern** wurden beim hiesigen Postamt im vergangenen Monat 1028,50 Gulden eingeliefert, während 1205,81 Gulden zurückbezahlt wurden.

m. **Dinxperlo**, 15. Januar. **Die Milchlieferung** an die Molkerei ging im vergangenen Jahre wegen der schlechten Witterung erheblich gegenüber dem Jahre vorher zurück. Geliefert wurden im Jahre 1930 4 827 355 Kilo Milch gegen 4 837 344 Kilo im Jahre 1929. Ferner wurden 1930 nur 167 428 Kilo Rahmbutter produziert gegenüber 169 581 Kilo im Jahre 1929.

m. **Dinxperlo**, 15. Jan. **Die Gemüseversteigerung** wird wegen der geringen Anfuhr vorläufig eingestellt.

m. **Dinxperlo**, 15. Jan. **Notierungen.** Die Butterpreise gingen in der vergangenen Woche weiter herunter und zwar von 2 auf 1,90 Gulden. Die Schweinepreise blieben unverändert (22 Cents pro Pfund). Die Eierpreise gingen von 48 auf 52 Cents pro Pfund in die Höhe.

m. **Aalten**, 15. Januar. **Die Hühnerdiebstähle sind wieder regelrecht im Gange.** Beim Landwirt H. in der Nachbarschaft Lentelo wurden 24 Hühner, in der Nachbarschaft Westendorp an drei Stellen 60 Hühner und in der Schenkwirtschaft L. in Wieken 40 Hühner gestohlen.

m. **Aalten**, 15. Jan. **Die Einwohnerzahl** der Stadt belief sich am 1. Januar ds. Js. auf 11 192 gegenüber 10 985 am 1. Januar 1930. Davon sind 2107 katholisch, 8736 evangelisch und 76 jüdisch.

m. **Winterswijk**, 15. Januar. **60jähriges Arbeitsjubiläum.** Herr G. J. Sperlberg kann am kommenden Dienstag auf eine 60jährige Tätigkeit in der Textilfabrik „Genossenschaft der Batavier" zurückblicken.

m. **Winterswijk**, 15. Jan. **Der Milchpreis** wurde in verschiedenen Orten bis auf 10 Cents pro Liter gesenkt.

m. **Winterswijk**, 15. Jan. **Falschgeld.** Verschiedene Geschäftsleute wurden in den letzten Tagen von Deutschen, die falsche Fünfmarkstücke für einen holländischen Reichstaler (2,50 Gulden) in Zahlung gaben, geschädigt.

Turnen, Sport und Spiel.

B. F. C. 1900 e. V.

Die erste Mannschaft ist am Sonntag spielfrei. Dagegen hat die Reservemannschaft die Lehrmannschaft des Weseler Spielvereins zum fälligen Diplomspiel zu Gast. Die Bocholter, die im Hinspiel eine knappe 2:1-Niederlage einstecken mußten, werden am Sonntag mit aller Macht versuchen, hierfür Revanche zu nehmen. Es wird jedenfalls am Sonntag zu einem interessanten Spiele kommen, dessen Besuch sich sicherlich lohnen wird. Anstoß pünktlich um 11 Uhr.


Bei Regen, Wind u. Schnee
NIVEA CREME
gegen spröde Haut

Deutsche Jugendkraft

D. J. K. „Westfalia" Bocholt.

Die erste Jugendmannschaft spielt am kommenden Sonntag um 11.30 Uhr auf dem Sportplatz an der Kaiser-Friedrich-Straße gegen die zweite Jugend des Spielvereins Lowick. Da die Jung-Westfalen mit Ersatz spielen, dürfte das Kräfteverhältnis der beiden Mannschaften ausgeglichen sein.

Die erste Mannschaft trägt am Sonntag das letzte Meisterschaftsspiel der ersten Serie aus. Das Spiel findet auf dem gefürchteten Gelände in Dingden statt. Schon einmal standen sich dort diese beiden Mannschaften gegenüber. Damals blieben die Platzherren knapp mit 3:2 Sieger. Wird den Bocholtern jetzt die Revanche glücken? Da die Jung-Westfalen mit Ersatz antreten müssen, dürfte ein Sieg kaum in Frage kommen.

Verantwortlich für den Textteil: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier für Feuilleton Josef Hom, für Westdeutschland Fr. Schuhmacher für Handel und Sport Dr. jur. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Bernhard Kupitz, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Häfner, Berlin-Lichterfelde. Verlag: J. & P. Temming, Bocholt. Oertliche Schriftleitung Heinr. Schmitt, Bocholt für den örtlichen Anzeigenteil Heinz Hüser, Bocholt. Druck: „Zeno" G. m. b. H., Münster i. W.

†

Das Sechswochenseelenamt

für die verstorbene

Frau Johann Schmitz

findet statt am Samstag, dem 17. Jan., morgens 8½ Uhr, in der St. Georgiuskirche, wozu frdl. eingeladen wird.

Große Vorteile bietet Ihnen mein

Inventur-Ausverkauf

Wäsche, Strümpfe, Handschuhe, Unterzeuge usw. weit unter Preis.

Auf alle nicht herabgesetzten Preise

10 % Rabatt

Spezialgeschäft Maria Niessing, Nordstr. 53.

Bei Husten und Heiserkeit

verlangt

die mehr denn 70 Jahre bewährten, vielfach ärztlich empfohlenen

ELLERINGS Pfefferminz-Bonbons

Lose sowie in Schachteln von 50 ₰ aufwärts.

Täglich frisch vorrätig bei

k72 **G. Ellering**, Neustr. 14.

Bei **Rachitis** und **Tetanie**

Zahnkrämpfen, Säuglingskrämpfen ergibt sich **sichere** und **rapide** Heilung ohne Verwendung irgend einer anderen Behandlung. — Elternberatung kostenlos! k71

Bestrahlungs-Institut

Bocholt, Osterstr. 55.

Knoblauchzwiebelsaft

ist ein vorzügliches Mittel gegen **Arterienverkalkung, Schwindel, zu hohen Blutdruck** mit den damit verbundenen Nebenerscheinungen. Ferner gut gegen **Magen- u. Darmstörungen, Leberbeschwerden, Rheumatismus, Gicht** usw. Seit Jahrhunderten wird im Orient dieser Saft gegen viele Krankheiten angewandt. Flasche RM. 1,60. **Verwenden Sie nur die echten Schoenenberger'schen Pflanzen-Rohsäfte, nicht konserviert, nicht konzentriert, denn nur Rohsäfte haben die volle natürliche Wirkung.** Beweis: Die berühmten Dr. Gerson-Kuren. Erhältlich

Drogerie und Reformhaus

Maaß,

Bocholt, Osterstr. 22, Ruf 3328.

Produktiv-Genossenschaft

„EINTRACHT"

e. G. m. b. H., Bocholt.

Wir empfehlen für diese Woche:

Frisches Rindfleisch

in bekannter Qualität . . . . Pfund **0.85** RM.

Schweinefleisch ohne Fett u. Schwarte

mit Beilage . . . . . Pfund **1.00** RM.

Prima gekochten Schinken

à ¼ Pfund **0.50** RM.

Ferner empfehlen wir unsere **Wurst- und Aufschnittwaren** in bekannter Qualität und Preislage.

Auf alle Preise erhalten die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft „Eintracht" noch **4 % Rabatt.** t264

DER VORSTAND.

St. Antonius-Schützenverein

Am Sonntag, dem 18. Januar:

Patronsfest

Morgens 8.30 Uhr: **Kerzenopferung und hl. Messe für die gefallenen und gestorbenen Mitglieder des Vereins** in der Liebfrauenkirche.

Es ist Ehrenpflicht sämtlicher Mitglieder, teilzunehmen. **Der Vorstand**

7¾ Uhr Antreten am Vereinslokale. Mitglieder mit Schützenhut und Vereinsabzeichen. Offiziere wie ihnen bekannt ist. t261

Der Oberst

Schützenverein Spork

Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr:

Versammlung

sämtlicher Mitglieder in der Schule.

Erscheinen äußerst wichtig t260

Der Vorstand.

Achtung!

Landwirte u. Geflügelzüchter!

Bringe hiermit meine

Brutmaschine

in Erinnerung und nehme den Zeiten entsprechend für **Lohnbrut pro Ei unter 100 Stck. nur 20 Pfg. und über 100 Stck. 15. Pfg.**

Vorbestellung erbeten.

Wilh. Büning, Bocholt,

Blücherstr. 54. Getreidehandlung.

Leistungsfähige Pickerfabrik

Haus ersten Ranges, sucht bestens eingeführten

Vertreter

Offerten unter Nr. 20079 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Goldene

Damenarmbanduhr verloren.

Gegen Belohnung abzugeben

Osterstraße 62.

Empfehle mich zum tadellosen [77

Bügeln

der **Stärke- und Hauswäsche** in und außer dem Hause.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Arbeiterverein St. Paulus.

†

Unser Mitglied

Bernhard Hübers

ist gestorben.

Lange Jahre hindurch war er uns ein liebes, braves Vereinsmitglied. Beten wir für ihn! [263

Das hl. Seelenamt ist am Montag 8½ Uhr in d. Liebfrauenkirche, anschließend die Beerdigung.

Der Vorstand.

Kohlen und Koks

Ia. Qualität, zu billigsten Preisen frei Haus empfiehlt

Johann Wilms,

Kaiser-Friedrich-Str. Telefon 2124.

Herrenzimmer

Garantie für beste Werkstattarbeit, umständehalber billig abzugeben.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein schöner 1¼ Jahr alter, schwarzbunter

Zuchtstier

u. eine Partie junge

Schweine

zu verkaufen.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Apollo-Theater

Nur 3 Tage! Samstag, Sonntag, Montag.

Wieder einmal den bekannten und beliebten

Fechter und Kämpfer

DOUGLAS FAIRBANKS IN ROBIN HOOD



In packenden Bildern rollt ein Stück bewegter Geschichte an uns vorüber. Wir vergessen Nüchternheit und Sorgen des Alltags von heute, nehmen regen Anteil an dem wechselvollen Geschick der Großen des Mittelalters und können uns dem Zauber dieses gewaltigen 11aktigen Werkes nicht entziehen.

Dazu den **Wild-West-Sensationsfilm**

Vorsicht! Verräter!

Mit Blitz, dem deutschen Schäferhund.

8 Akte echter Wildwest-Romantik und Spannung.

Im Beiprogramm das 2aktige Lustspiel:

Eine Ehe ohne Krach

und den Lehrfilm:

Werdegang eines Galvanos.

Capitol-Theater

Ab Freitag

hören und sehen Sie

Georg Alexander u. Mady Christians

in der **Sprech- und Tonfilmkomödie**

MADY CHRISTIANS

in der Tonfilm-Operette

Leutnant warst Du einst bei den Husaren



MIT

GEORG ALEXANDER

GUSTAV DIESSL

GRETL THEIMER

MAX EHRLICH

REGIE: **MANFRED NOA**

Ein lustiger musikalischer Sprech- und Tonfilm nach dem gleichnamigen Schlager von Robert Stolz.

Dieser Film birgt für Mady Christians eine ideale Rolle. Sie spielt diese Königin mit soviel liebenswürdiger Menschlichkeit, daß das Publikum entzückt ist.

In den weiteren Rollen dieser 10 lustigen Akte:

Gustav Diessl, Lotte Spira, Max Ehrlich, Hermann Picha, Paul Renkopf u. a. m.

Im zweiten Film den verwegenen Cowboy-Darsteller und Allerweltskerl **Hoot Gibson** in

Der fliegende Teufel von Texas

In diesem Film erlebt Hoot Gibson die tollsten Sensationen und überrennt die unglaublichsten Hindernisse spielend und scherzend. Neben ihm zeigt Ruth Elders, die weltbekannte Ozeanfliegerin, ihre tollkühnen Künste.

8 Akte. 8 Akte. 8 Akte.

Dazu: **Felix, der Kater,** in dem Tonfilmlustspiel

Felix weiß sich immer zu helfen

und der Lehrfilm

Unser Schaf.

Gelegenheitskauf

Speisezimmer

echt kaut. Nußbaum poliert, abzugeben. Garantie für beste Qualitätsarbeit. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein schwarzbuntes

Mutterkalb

von einem selten schweren ostfriesischen Rind, zu verkaufen.

Hermann Blits, Biemenhorst 62, bei Petersfeld.

Bauplätze 248

Grenze **Bocholt-Holtwick** gelegen, günstig zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Prima [260

Futtermöhren und Steckrüben

zentnerweise ab Lager Ewaldstraße 4 abzugeben.

Aug. Matschke.

2 Zimmerwohnung

(Mansarde) mit Keller und Zubehör, sofort zu vermieten

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Junge Frau sucht

Beschäftigung

für halbe Tage.

Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Für Bäcker!

Welcher Bäcker will Schwarzbrot pp. gegen Kasse

nach Düsseldorf liefern.

Angebote an

Fr. K. Weber, Düsseldorf, Ackerstr. 143.

Zu vermieten:

Möbl. heizbares

Zimmer

mit Morgenkaffee, 25 Mk.

1-2 Zimmer

mit Kochgelegenheit.

Hembener Str. 42.

Junges **Mädchen** für Schreibmaschine und leichte Kontorarbeiten zur

Aushilfe gesucht.

Angeb. erbeten unter **Eilpost** Nr. 73 a. die Geschäftsstelle ds. Blattes.